



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

E-SDC

ETUDES SUISSES DE DROIT COMPARÉ

2006-2

Editeurs: Eleanor Cashin Ritaine, Jarka Looks

Aussenkompetenz der Gemeinschaft

Gutachten 1/03 des EuGH betreffend den Abschluss des neuen Übereinkommens von Lugano über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen*

Zusammenfassung von
Eva Lein
 Wissenschaftliche Mitarbeiterin SIR

In seinem lang erwarteten gem. Art. 300 Abs. 6 EG¹ erstellten Gutachten über die Kompetenz der EG zum Abschluss des geplanten modernisierten Übereinkommens von Lugano² legte der Gerichtshof unter Bezugnahme auf seine in den Urteilen «AETR» und «Open Skies» aufgestellten Grundsätze dar, dass der **Abschluss des geplanten Übereinkommens in seiner Gesamtheit in die ausschliessliche Zuständigkeit der EG fällt**. Die Argumentation des EuGH ist ein weiterer Schritt zur Restriktion der mitgliedstaatlichen völkerrechtlichen Vertragsabschlusspraxis, insbesondere im Rahmen der Haager Konferenz, des Europarates, UNIDROIT oder UNCITRAL.

* EuGH Gutachten 1/03, 7.2.2006, <http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?where=&lang=de&num=79939792>
 A1903is+1&doc=T&ouvert=T&seance=AVIS

¹ [Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25.3.1957, Konsolidierte Fassung 24.12.2002, ABl. C 325/33](#)

² Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988 (ABl. L 319, S. 9); Neuentwurf: Dokument 7700/99 JUSTCIV 60, 30.4.1999.

³ Vgl. zur Aussenkompetenz der EG: Borrás, The frontiers and the institutional constitutional question, *International civil litigation in Europe and relations with third States*, 2005, S. 27-54; Borrás, *Diritto internazionale privato comunitario e rapporti con stati terzi, Diritto internazionale privato e Diritto comunitario*, 2004, S. 449-483; Heffernan/McAuliffe, External relations in the air transport sector: the Court of Justice and the open skies agreements, *European Law Review*, 2003, Nr. 5, Band 28,

1. Ausschliessliche Aussenkompetenz der EG³

a. Rechtsprechung AETR und Open Skies⁴

Nach dem Prinzip begrenzter Einzelermächtigung hat die EG zur Durchführung ihrer Aufgaben und Erreichung ihrer Ziele im Rahmen ihrer Aussenbeziehungen zu Drittstaaten und internationalen Organisationen keine allgemeine Vertragsschlusskompetenz, sondern wird vielmehr auf der Grundlage

S. 601-619; Oppermann *Europarecht* 1999, Rn. 1686; Takashashi, External Competence Implications of the EC Regulation on Jurisdiction and Judgements, *International Comparative Law Quarterly* 2003, 529-534; Thoma, La définition et l'exercice des compétences externes de la Communauté Européenne au domaine de la coopération dans les matières civiles ayant une incidence transfrontière, *European Review of Private Law*, 2002, Nr. 3, S. 397-416; Wilderspin/Rochaud-Joët, La compétence externe de la Communauté européenne en droit international privé, *Revue Critique de Droit international privé* 2004, Nr. 1, S.1-48.

⁴ EuGH 31.3.1971, AETR, C-22/70 (Slg. 1970, 263); Urteile «Open Skies», C-467/98 (Kommission/Dänemark, Slg. 2002, I-9519), 468/98 (Kommission/Schweden, Slg. 2002, I-9575), 469/98 (Kommission/Finnland, Slg. 2002, I-9627), 471/98 (Kommission/Belgien, Slg. 2002, I-9681), 472/98 (Kommission/Luxemburg, Slg. 2002, I-9741), 475/98 (Kommission/Österreich, Slg. 2002, I-9797), 476/98 (Kommission/Deutschland, Slg. 2002, I-9855); Gutachten 1/76, 26.4.1977 (Slg. 1977, 741) und 1/94, 15.11.1994 (Slg. 1994 I-5267)).

ausdrücklicher Einzelkompetenzzuweisungen im EG-Vertrag tätig.⁵

Der EuGH stellte in seiner Rechtsprechung in den Rechtssachen *AETR* und *Open Skies* klar, dass sich eine Zuständigkeit der Gemeinschaft für den Abschluss völkerrechtlicher Abkommen über die ausdrücklichen Aussenkompetenzzuweisungen hinaus **implizit** auch **aus Innenkompetenzen sowie den in ihrem Rahmen ergangenen sekundären Gemeinschaftsrechtsakten** ergeben kann.⁶

Einer Innenkompetenz folgt eine **ausschliessliche** Aussenkompetenz, wenn diese **erforderlich** ist, um die an die interne Zuständigkeitsnorm geknüpften Ziele des EG-Vertrags zu realisieren⁷ oder wenn **durch Gebrauchmachen von der Innenkompetenz** die betreffenden Bereiche von gemeinschaftsrechtlichen Normen erfasst sind, welche durch eine völkerrechtliche Verpflichtung eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten gegenüber Drittstaaten (im Sinne des Art. 10 Abs. 2 EG) **beeinträchtigt würden**.⁸

Die Annahme einer Beeinträchtigung kann sich bereits ergeben, wenn das betreffende Gebiet **weitgehend** von Gemeinschaftsnormen erfasst ist und erfordert nicht zwingend einen Widerspruch zu gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften.⁹ Dies gilt insbesondere im Hinblick auf gemeinschaftsrechtliche Vorschriften über die Behandlung von Drittstaatsangehörigen oder über die vollständige Harmonisierung einer bestimmten Frage, die zwangsläufig durch jedes mitgliedsstaatliche Abkommen beeinträchtigt würden¹⁰. Bei der Beurteilung einer Beeinträchtigung ist nicht nur der aktuelle Stand des Gemeinschaftsrechts relevant, sondern auch dessen absehbare Entwicklungsperspektiven.¹¹

Zur Gewähr der Einheit des Gemeinsamen Marktes und der einheitlichen Anwendung des Gemeinschaftsrechts könne in dem Maße, in dem die Gemeinschaftsrechtsetzung fortschreitet, nur die Gemeinschaft vertragliche Verpflichtungen gegenüber Drittstaaten eingehen und erfüllen¹².

⁵ Z.B. in Art. 133 Abs. 3, 310, 11 Abs. 3, 174 Abs. 4, 170 Abs. 2 EG.

⁶ EuGH C-22/70, *AETR* Rn 16.

⁷ EuGH C 467/98 *Open Skies-Kommission/Dänemark*, Rn. 57.

⁸ EuGH C 22/70, *AETR* Rn. 17.

⁹ EuGH Gutachten 2/91, Rn. 24-26.

¹⁰ EuGH Gutachten 1/94, Rn. 95, 96; C-467/98 *Open Skies-Kommission/Dänemark*, Rn. 83, 84.

¹¹ EuGH Gutachten 2/91, Rn. 25.

¹² EuGH C-22/70 *AETR* Rn 17, 31 und Gutachten 2/91Rn. 10,11.

b. Wahrung des Prinzips der begrenzten Einzelermächtigung

Der EuGH hebt jedoch hervor, dass das Gemeinschaftsrecht **auf dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung** beruht (vgl. Art. 5 Abs. 1, 7 I 2 EG).¹³

Die Annahme einer ausschliesslichen Zuständigkeit, die der EG-Vertrag nicht ausdrücklich vorsieht, bedarf daher einer **umfassenden und konkreten Analyse**, die ergibt, dass die einheitliche und kohärente Anwendung des einschlägigen Gemeinschaftsrechts und das reibungslose Funktionieren des gemeinschaftsrechtlichen Systems durch den Abschluss eines völkerrechtlichen Abkommens beeinträchtigt wird.¹⁴

Im Rahmen dieser Analyse ist nicht nur das von den Gemeinschaftsvorschriften und von den Bestimmungen des geplanten Abkommens erfasste Gebiet zu berücksichtigen, sondern auch der **Umfang, die Natur und der Inhalt** der jeweiligen konkurrierenden Vorschriften.¹⁵

2. Aussenkompetenz der EG für den Abschluss des neuen Luganer Übereinkommens

Der EuGH kommt in seinem Gutachten 1/03 zu dem Ergebnis, dass das geplante Übereinkommen von Lugano trotz seiner Kohärenz mit der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 (im Folgenden *Brüssel I-VO*).¹⁶ im Hinblick auf deren Regelungsgegenstand, die Systematik und den Wortlaut der jeweiligen Bestimmungen, die kohärente Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen **beeinträchtigt und die Zuständigkeit der EG damit eine ausschliessliche sein muss, die sich zudem auf die gesamte Konvention erstreckt**.¹⁷

Eine ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft wurde hingegen für die Fälle verneint, in denen sowohl die Gemeinschaftsnormen als auch das entsprechende völkerrechtliche Übereinkommen den Charakter von Mindestvorschriften haben (Gutachten 2/91, Rn. 18).

¹³ EuGH Gutachten 1/03, Rn. 124.

¹⁴ EuGH Gutachten 1/03, Rn. 133.

¹⁵ EuGH Gutachten 1/03, Rn. 124-127, 133.

¹⁶ [Verordnung \(EG\) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen](#) (ABl. 2001, L 12S.1).

¹⁷ Gutachten 1/03, Rn 161.

a) Ad extra Zuständigkeit der EG

Auf der Grundlage obiger Grundsätze stellt der EuGH fest, dass die **Zuständigkeit** der EG für den Abschluss von völkerrechtlichen Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen als solche aus der Innenkompetenz der Gemeinschaft in Art. 61 lit c, 67 Abs. 1 EG, und dem in diesem Bereich bestehenden sekundären Gemeinschaftsrecht folge.¹⁸

Ob diese Innenkompetenz nur mit der Massgabe besteht, dass «die zu treffenden Massnahmen für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich sind» prüft der EuGH nicht, da nur die Frage der Ausschliesslichkeit einer *ad extra* Zuständigkeit im Raum stand, nicht die der Zuständigkeit der EG als solche.¹⁹

b) Ausschliesslichkeit der Aussenkompetenz

Hinsichtlich der Frage der **Ausschliesslichkeit** der Kompetenz unterzieht der EuGH die Vorschriften der Brüssel I-VO sowie die gleich strukturierten Vorschriften des geplanten Luganer Übereinkommens einer eingehenden **Analyse**.

Der EuGH untersucht im Hinblick auf eine Beeinträchtigung des Brüssel I Systems die Vorschriften beider Regelwerke über die **gerichtliche Zuständigkeit (aa)** und die **Anerkennung und Vollstreckung (bb)** gesondert und erörterte einen möglichen Ausschluss einer Beeinträchtigung durch eine **Trennungsklausel (cc)**.

aa) Analyse und Vergleich der Zuständigkeitsvorschriften

Der EuGH hält zunächst fest, dass ein Korpus internationaler Vorschriften zur Lösung von Konflikten zwischen auf verschiedenen Anknüpfungskriterien beruhenden nationalen Kompetenznormen wie die Brüssel I VO ein sehr komplexes System schafft, dessen **Kohärenz nur dann garantiert ist, wenn es so umfassend wie möglich ist**.

Im Zuge des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarktes betrifft die Brüssel I-VO nicht ausschliesslich **inneregemeinschaftliche Rechtsstreitigkeiten, sondern auch solche mit Drittstaaten-**

bezug.²⁰ Da die Verordnung darauf abzielt, die Hemmnisse für das Funktionieren des Binnenmarktes zu beseitigen, die sich aus den Unterschieden der nationalen Rechtsvorschriften ergeben, ist der für die Anwendbarkeit der Verordnung vorausgesetzte **Auslandsbezug** des fraglichen Rechtsverhältnisses im Rahmen des Art. 2 Brüssel I-VO bereits zu bejahen, wenn **ein Vertragsstaat** als Wohnsitzstaat des Klägers oder eines Beklagten **und ein Drittstaat** als Belegenheitsort der streitigen Ereignisse berührt sind.²¹ Ähnliches gilt auch im Rahmen der Regeln über die ausschliessliche Zuständigkeit oder eine ausdrückliche Zuständigkeitsvereinbarung.²²

Durch ein bi- oder multilaterales Übereinkommen mit Drittstaaten kann in dieses System in zweierlei Hinsicht eingegriffen werden:

Einmal durch das Aufstellen von **Kriterien in diesen Konventionen, die auch für die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten gelten**, auf die bereits die Brüssel I-VO Anwendung findet.

Zum anderen weil das System der Verordnung **durch ihren Drittstaatenbezug auch den aussergemeinschaftlichen Raum nicht unberührt lässt**.

In diesem Zusammenhang erörtert der EuGH auch **Art. 4 Abs. 1 Brüssel I-VO** und legt ihn dahingehend aus, dass selbst dessen Verweisung auf nationale Regeln über die internationale Zuständigkeit eine Entscheidung des Gemeinschaftsgesetzgebers darstellt und damit die Anordnung der **Anwendung des jeweiligen mitgliedstaatlichen Rechts als ein Teil des durch die Brüssel I-VO errichteten Systems anzusehen ist**. Dem Argument, dass die Brüssel I VO gem. Art. 4 Abs. 1 nur dann gelte, wenn der Beklagte seinen Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat hat, der Fall aber gem Art. 4 Abs.1 nach den Jurisdiktionsnormen der Mitgliedsstaaten zu entscheiden sei, wenn der Beklagte in einem Drittstaat ansässig ist, und deshalb Raum für ein Übereinkommen mit Drittstaaten verbleibe, folgte der EuGH nicht. **Vielmehr geht er davon aus, dass die Mitgliedsstaaten nicht mehr befugt sind, in Drittstaatenfällen andere als ihre nationalen Regeln anzuwenden**.²³

Der EuGH hebt zudem hervor, dass aufgrund **des weiteren räumlichen Anwendungsbereichs** des Luganer Übereinkommens auch die Anwendung

¹⁸ Neben der Brüssel I-VO aus diversen sektoriellen Regelungen (Titel X der VO 40/94, Art. 6 der RiL 96/1) folge.

¹⁹ EuGH Gutachten 1/03, Rn. 131.

²⁰ Erwägungsgrund 2 Brüssel I-VO Nr. 44/2001 und C-281/02, 1. März 2005, Owusu, Slg. 2005, I-1383, Rn. 34.

²¹ EuGH C-281/02 Owusu, Rn. 25 und 26 unter Berufung auf die Ziele des Brüsseler Übereinkommens.

²² EuGH C-281/02 Owusu, Rn. 28, 29.

²³ EuGH Gutachten 1/03, Rn. 148-150.

einer gleichlautenden Konventionsnorm zur Zuständigkeit eines anderen Gerichts führen kann, als die entsprechende Norm der Brüssel I-VO. Als Beispiele führt der EuGH Art. 22 und 23 Brüssel I-VO an.²⁴

Weiteres Konfliktpotenzial sieht der EuGH in Bezug auf die Vorschriften der Art. 9 Abs. 2, 15 Abs. 2 und 18 Abs. 2 Brüssel I-VO (Streitigkeiten in versicherungs-, verbraucher- und individualarbeitsrechtlichen Fällen).

bb) Analyse und Vergleich der Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckung

Nach dem EuGH werden auch die Art. 32 ff. Brüssel I-VO durch das geplante Luganer Übereinkommen **beeinträchtigt**.²⁵ Entgegen der überwiegenden Ansicht in den Mitgliedsstaaten sind nach Ansicht des EuGH die Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen **kein von den Zuständigkeitsvorschriften autonomes Gebiet** und damit im Hinblick auf die Frage der Beeinträchtigung des Gemeinschaftsrechts durch das Übereinkommen nicht gesondert zu betrachten.

Der EuGH belegt durch mehrere Beispiele, dass die Anerkennungsvorschriften der Brüssel I VO auf dem **gegenseitigen Vertrauen** beruhen, das das Gericht des ersuchten Mitgliedsstaates dem Gericht des Ursprungsstaats **aufgrund der harmonisierten Zuständigkeitsnormen entgegenbringen**.²⁶

Der EuGH beruft sich insbesondere auf Art. 33 Abs.1 Brüssel I-VO, nach dem die in einem Mitgliedstaat ergangenen Entscheidungen in den anderen Mitgliedstaaten grundsätzlich gem. Art. 35 Abs. 3 ohne Nachprüfung der Zuständigkeit des Gerichts anerkannt werden müssen. Gem. Art. 35 Abs. 1 wird diese Nachprüfung der Zuständigkeit des Erlassgerichts ausnahmsweise dann beibehalten, wenn es um ausschließliche Zuständigkeiten (Art. 22) bzw. die Zuständigkeiten bei Versicherungssachen oder Verbrauchersachen geht. Auch die Artikel 71 Absatz 2 Buchstabe b und 72 Brüssel I-VO belegen nach Ansicht des EuGH den Zusammenhang zwischen den Vorschriften über die Zuständigkeit und den Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckung.²⁷

Demgegenüber stellt zwar auch Art. 26 Abs. 1 des Luganer Übereinkommens den Grundsatz auf, dass die in einem Vertragsstaat ergangenen Entscheidungen in den anderen Vertragsstaaten *ipso iure* aner-

kannt werden. Die Norm **erhöht** jedoch aufgrund des grösseren räumlichen Anwendungsbereichs des Luganer Übereinkommens gegenüber der Brüssel I-VO **die Zahl der Anerkennungen von Entscheidungen nichtmitgliedstaatlicher Gerichte**, deren Zuständigkeit sich nicht aus der Brüssel I-VO ergibt.²⁸

cc) Trennungsklausel

Der Gefahr der Beeinträchtigung gemeinschaftsrechtlicher Normen durch in einem völkerrechtlichen Abkommen enthaltene Vorschriften soll nach Ansicht des EuGH nicht allein durch eine «Trennungsklausel» wie Art. 54b (auch des neuen) Luganer Übereinkommens beizukommen sein. Dies gelte insbesondere im Bereich des IPR, wo eine Trennungsklausel eher auf Kohärenz zwischen den internationalprivatrechtlichen Regelwerken abziele und weniger die strikte Wahrung des gemeinschaftsrechtlichen Geltungsbereichs garantiere.²⁹

Nach Ansicht des EuGH stellt eine solche Klausel vielmehr ein **Indiz für eine Beeinträchtigung** des Gemeinschaftsrechts dar.³⁰ Dies gelte hinsichtlich des Luganer Übereinkommens umso mehr, als dieses Ausnahmen von der Trennungsklausel enthält, indem es in bestimmten Fällen die zwingende Anwendung des Übereinkommens anordnet.³¹

Das Gutachten 1/03 des EuGH ist abrufbar unter,
<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?where=&lang=de&num=79939792A1903is+1&doc=T&ouvert=T&seance=AVIS>

²⁸ EuGH Gutachten 1/03, Rn 170.

²⁹ EuGH Gutachten 1/03 Rn. 155.

³⁰ EuGH 467/98, Open Skies - Kommission/Dänemark, Rn. 101; EuGH Gutachten 1/03 Rn. 130.

³¹ Etwa dann, wenn der Beklagte seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Nicht-EU-Staats aber Vertragsstaats des Übereinkommens hat, was zu Konflikten mit den Art. 9 Abs. 2, 15 Abs. 2 und 18 Abs. 2 führen kann (Art. 54b Abs. 2 lit a), wenn nach den Artikeln 16 oder 17 dieses Übereinkommens über ausschließliche Zuständigkeiten bzw. die Vereinbarung über die Zuständigkeit die Gerichte eines Vertragsstaats zuständig sind, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist, (Art. 54b Abs. 2 lit a. E:), oder wenn bei Rechtshängigkeit oder Konnexität im Sinne der Artikel 21 und 22 des Übereinkommens, wenn Verfahren in einem der Europäischen Union nicht angehörenden und in einem dieser angehörenden Vertragsstaat anhängig gemacht werden. (Art. 54b Abs. 2 lit. b).

²⁴ EuGH Gutachten 1/03, Rn 153.

²⁵ EuGH Gutachten 1/03, Rn 163.

²⁶ EuGH Gutachten 1/03, Rn 163.

²⁷ EuGH Gutachten 1/03, Rn 164.

La Compétence Externe de la Communauté

Avis 1/03 de la Cour sur la compétence de la Communauté en vue de la conclusion de la nouvelle convention de Lugano concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale**

Résumé réalisé par

Eva Lein

Collaboratrice scientifique ISDC

Dans son avis, rédigé sous visa de l'art. 300 al. 6 CE¹, et relatif à la compétence de la Communauté Européenne pour la conclusion de la future convention de Lugano révisée², la CJCE a statué sur la base de ses jurisprudences «AETR» et «Open Skies». Elle a indiqué que seule la CE est compétente pour la conclusion de ladite convention dans son intégralité. La Cour confirme ainsi sa volonté de limiter la pratique des États membres consistant à contracter individuellement ou collectivement avec des États tiers. On peut ainsi prévoir que cet avis aura un impact similaire dans le cadre des négociations engagées au niveau de la conférence de la Haye, du Conseil de l'Europe, d'UNIDROIT ou d'UNCITRAL.

** CJCE Avis 1/03, 7.2.2006, <http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?where=&lang=de&num=79939792>
A1903is+1&doc=T&ouvert=T&seance=AVIS

¹ [Traité instituant la Communauté Européenne](#) du 25.3.1957, version consolidée, 24.12.2002, JO C 325/33,

² Convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matières civile et commerciale - Faite à Lugano le 16 septembre 1988 (JO n° L 319 du 25/11/1988 p. 9 – 48); projet de nouvelle convention: document 7700/99 JUSTCIV 60, 30.4.1999.

³⁴ Borrás, The frontiers and the institutional constitutional question, *International civil litigation in Europe and relations with third States*, 2005, p. 27-54; Borrás, *Diritto internazionale privato comunitario e rapporti con stati terzi, Diritto internazionale privato e Diritto comunitario*, 2004, p. 449-483; Heffernan/McAuliffe, External relations in the air transport sector: the Court of Justice and the open skies agreements, *European Law Review*, 2003, Nr. 5, vol. 28, p. 601-619;

1. Compétence exclusive ad extra³

a. Jurisprudence AETR et Open Skies⁴

Selon le principe d'attribution limitée de compétences, la Communauté ne dispose pas d'une compétence générale l'autorisant à conclure tout accord international nécessaire à la réalisation de ses missions et objectifs dans le cadre de ses relations extérieures avec les États tiers et les organisations internationales; elle n'agit que sur la base des

Oppermann *Europarecht* 1999, para. 1686; Takashashi, External Competence Implications of the EC Regulation on Jurisdiction and Judgements, *International Comparative Law Quarterly* 2003, p. 529-534; Thoma, La définition et l'exercice des compétences externes de la Communauté Européenne au domaine de la coopération dans les matières civiles ayant une incidence transfrontière, *European Review of Private Law*, 2002, n° 3, p. 397-416; Wilderspin/Rochaud-Joët, La compétence externe de la Communauté européenne en droit international privé, *Revue Critique de Droit international privé* 2004, n° 1, p. 1-48.

⁴ CJCE 31.3.1971, AETR, C-22/70 (Rec. 1970, 263); Arrêts «Open Skies», C-467/98 (Commission/Danemark, Rec. 2002, I-9519), 468/98 (Commission/Suède, Rec. 2002, I-9575), 469/98 (Commission/Finlande, Rec. 2002, I-9627), 471/98 (Commission/Belgique, Rec. 2002, I-9681), 472/98 (Commission/Luxembourg, Rec. 2002, I-9741), 475/98 (Commission/Autriche, Rec. 2002, I-9797), 476/98 (Commission/Allemagne, Rec. 2002, I-9855); Avis 1/76, 26.4.1977 (Rec. 1977, 741) et 1/94, 15.11.1994 (Rec. 1994 I-5267)).

compétences qui lui sont explicitement attribuées par le Traité CE.⁵

La Cour a précisé dans les affaires *AETR* et *Open Skies* qu'en plus de ces compétences externes explicitement consacrées par le Traité, une compétence *ad extra* peut découler implicitement de ses attributions internes ainsi que du droit dérivé.⁶

Les compétences *ad extra* **exclusives** sont conférées à la Communauté dans deux hypothèses: lorsque, dans les domaines en cause, les objectifs poursuivis au niveau interne ne peuvent être réalisés qu'avec l'octroi à la Communauté de prérogatives externes pour la conclusion d'accords internationaux⁷ ou lorsque les dispositions instaurant des règles communes pourraient être **affectées** par la conclusion de conventions bi- ou multilatérales entre des États membres et des États tiers (au sens de l'art. 10 al. 2 CE).⁸

Un tel impact pourra être constaté alors même que le domaine en question n'est pas intégralement couvert par des règles communautaires et que la convention en cause n'est pas en contradiction avec le droit communautaire.⁹ Ceci est notamment le cas en ce qui concerne les normes communautaires relatives au traitement des ressortissants de pays tiers ou encore lorsque la législation communautaire a conduit à l'harmonisation complète d'un domaine déterminé. Dans ces hypothèses, les règles adoptées par la Communauté sont nécessairement affectées par un accord international.¹⁰ Outre l'état actuel du droit communautaire, il y a lieu de prendre en considération ses perspectives d'évolution.¹¹

Il résulte de l'ensemble des arguments développés dans cette ligne de jurisprudence de la Cour que seule la Communauté peut s'engager dans des accords avec des États tiers en vue de garantir l'unité du marché commun et l'application uniforme du droit communautaire.¹²

b. Respect du principe d'attribution limitée de compétences

Malgré les interprétations et avancées ci-avant énoncées, la CJCE souligne le fait que le droit communautaire est fondé dans le **principe de l'attribution limitée de compétences à la Communauté** (voir. art. 5 al. 1, 7 al.1 phr. 2 CE).¹³

Par conséquent, une compétence exclusive non expressément prévue dans le traité ne peut être consacrée qu'après une **analyse concrète et approfondie** de la situation en cause. Elle ne pourra être reconnue que s'il en résulte que l'application uniforme et cohérente du droit communautaire ainsi que le fonctionnement du système qu'il institue seraient vraisemblablement affectés par l'accord envisagé.¹⁴

L'analyse et la comparaison des normes communautaires et conventionnelles ne doit pas être limitée à une approche générale portant sur le domaine traité mais doit tenir compte de façon précise de **l'étendue, de la nature et du contenu** des normes concurrentes des deux instruments.¹⁵

2. Compétence de la CE pour la conclusion de la future convention de Lugano

Il résulte de l'avis 1/03 de la Cour que la future convention de Lugano affecte l'application uniforme et cohérente des normes communautaires sur la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale (règlement (CE) 44/2001 - Bruxelles I)¹⁶ et ce, nonobstant la cohérence des deux instruments au regard de la matière réglementée, de la structure et de la teneur des dispositions en cause. La Cour en a déduit que la compétence de la CE est exclusive et que celle-ci vaut pour la future convention dans son intégralité.¹⁷

a) Compétence *ad extra* de la CE

Sur la base des principes élaborés *supra*, la Cour estime que la compétence communautaire pour la conclusion des conventions internationales dans le domaine de la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile

⁵ E.g. Art. 133 al. 3, 310, 11 al. 3, 174 al. 4, 170 al. 2 CE.

⁶ CJCE C-22/70, *AETR* Para. 16.

⁷ CJCE C-467/98 *Open Skies-Commission/Danemark*, Para. 57.

⁸ CJCE C-22/70, *AETR* Para. 17.

⁹ CJCE Avis 2/91, Para. 24-26.

¹⁰ CJCE Avis 1/94, Para. 95, 96; C-467/98 *Open Skies-Commission/Danemark*, Para. 83, 84.

¹¹ CJCE Avis 2/91, Para. 25.

¹² CJCE C-22/70 *AETR* Rn 17, 31 et Avis 2/91 Para. 10, 11.

La Cour n'a pas reconnu une compétence exclusive lorsqu'il s'agissait des cas où les normes communautaires et celles de la convention en cause ont le caractère de prescriptions minimales. (Avis 2/91, Para. 18).

¹³ CJCE Avis 1/03, Para. 124.

¹⁴ CJCE Avis 1/03, Para. 133.

¹⁵ CJCE Avis 1/03, Para. 124-127, 133.

¹⁶ [Règlement \(CE\) n° 44/2001 du Conseil concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale](#) (JO 2001, L 12, p.1).

¹⁷ CJCE Avis 1/03, Para. 161.

et commerciale découle de la compétence *ad intra* prévue aux arts. 61 lit c, 67 al. 1 CE et résultant du droit dérivé relatif à cette matière.¹⁸ Elle n'a par contre pas pris position sur la question du caractère « nécessaire au bon fonctionnement du marché intérieur » des mesures envisagées dès lors qu'aucun État ne contestait en l'espèce la compétence de la Communauté en tant que telle mais seul son caractère exclusif.¹⁹

b) L'exclusivité de la compétence *ad extra*

La Cour a procédé à un examen très détaillé des dispositions du règlement Bruxelles I et de la future convention de Lugano pour se prononcer sur le caractère exclusif de la compétence de la CE.. Elle a ainsi comparé les dispositions des deux textes relatives aux **règles de conflit de juridictions (aa) et à la reconnaissance et l'exécution des jugements (bb)**. Elle s'est également penchée sur la possibilité de prévenir l'impact de ces règles sur le système communautaire par l'introduction d'une **clause de déconnexion (cc)**.

aa) Analyse et comparaison des règles de conflits de juridiction

La Cour indique d'abord qu'un instrument juridique international destiné à la solution des conflits de juridictions et basé sur différents critères de rattachement comme Bruxelles I établit un système très complexe **dont la cohérence n'est garantie que lorsque son application est assurée de la manière la plus étendue qu'il soit envisageable**.

Afin d'éviter des difficultés pour le bon fonctionnement du marché intérieur, les règles uniformes de conflit de juridictions du règlement Bruxelles I n'ont pas vocation à s'appliquer uniquement à des situations intracommunautaires comportant un lien effectif et suffisant avec le marché intérieur, mais comprennent également des litiges comportant **un élément d'extranéité avec un pays tiers**.²⁰

L'**extranéité** du rapport juridique en cause peut, pour l'application de l'article 2, être affirmée en raison de l'implication d'un **État contractant** en tant qu'État du domicile du demandeur ou du défendeur et d'un État tiers, lieu de survenance des faits litigieux.²¹ Il en est de même dans le cadre des

dispositions sur la compétence exclusive ou la prorogation expresse.²²

La Cour relève que les accords bi- ou multilatéraux sont susceptibles d'affecter le système mis en place au niveau communautaire de deux façons:

Tout d'abord par l'établissement des **critères de compétence de juridictions qui lient également les États membres** dans des matières déjà réglées par le règlement Bruxelles I;

Ensuite parce que ledit règlement a un caractère global et que le système qu'il met en œuvre **porte dans une certaine mesure aussi sur l'espace extracommunautaire**.

A cette occasion, la Cour a précisé que le renvoi aux dispositions nationales de conflit de juridictions prévu par l'**art. 4 al. 1 du règlement Bruxelles I** revêt bien le caractère d'une règle édictée par le législateur communautaire. Ce renvoi fait donc partie intégrante du système établi par le règlement Bruxelles I.

Cette interprétation a une grande portée pour la détermination des marges de liberté des États membres en matière de conclusion de conventions avec les États tiers dès lors que d'aucuns arguaient qu'il résultait de l'article 4 al. 1 du règlement que ce dernier n'avait pas vocation à s'appliquer lorsque le défendeur était domicilié dans un État tiers et qu'il en résultait donc une certaine marge de manœuvre au bénéfice des États membres pour la conclusion d'accords relatifs aux conflits de juridiction avec des États tiers. La Cour affirme nettement que l'État compétent par application de l'article 4 al. 1 ne peut renoncer à sa compétence par le biais d'accords conclus avec des États tiers. Les États membres **n'ont donc aucune compétence résiduelle pour appliquer d'autres règles que leurs règles nationales de conflits de juridiction dans ce cas**.²³

Par ailleurs, la Cour souligne que le champ **d'application dans l'espace de la Convention de Lugano** est plus large que celui du règlement. Il en résulte que l'application d'une norme prévue dans la Convention envisagée pourra aboutir à la désignation d'une juridiction différente de celle désignée par les règles correspondantes du règlement Bruxelles I. La Cour cite pour exemple les articles 22 et 23 du règlement.²⁴

¹⁸ Divers instruments sectoriels en dehors du règlement Bruxelles I (titre X du règlement 40/94, art. 6 de la directive 96/71).

¹⁹ Avis 1/03, Para. 131.

²⁰ Considérant 2 Bruxelles I et C-281/02, 1er mars 2005, Owusu, Rec. 2005, I-1383, Para. 34.

²¹ CJCE C-281/02 Owusu, Para. 25 et 26 faisant référence aux objectifs de la Convention de Bruxelles.

²² CJCE C-281/02 Owusu, Para. 28, 29.

²³ CJCE Avis 1/03, Para. 148-150.

²⁴ CJCE Avis 1/03, Para. 153.

D'autres conflits potentiels pourraient surgir des dispositions des art. 9 al. 2., 15 al. 2 et 18 al. 2 du règlement de Bruxelles I (litiges en matière de contrats d'assurances, des contrats individuels de travail et des contrats de consommateurs).

bb) Analyse et Comparaison des dispositions en matière de reconnaissance et d'exécution des jugements

La Cour a affirmé que, contrairement à l'opinion qui prévaut dans les États membres, les règles relatives à la reconnaissance et à l'exécution des décisions **ne forment pas des ensembles distincts des règles de conflits de juridiction**. Elle en déduit qu'il ne convient pas de les évaluer de façon autonome. La Cour poursuit en affirmant que la convention de Lugano affecte le jeu des articles 32 *et seq.* du règlement Bruxelles I²⁵. Ces derniers organisent un système de reconnaissance mutuelle fondé sur un principe de confiance réciproque résultant de **l'harmonisation européenne des normes de compétence**.²⁶

Elle se réfère notamment sur l'art. 33 al. 1 Bruxelles I, selon lequel les décisions rendues dans un État membre sont en principe reconnues *ipso iure* dans les autres États membres, sans qu'il soit nécessaire de procéder à un contrôle de la compétence des juridictions de l'État membre d'origine (art. 35 al. 3). En vertu de l'art. 35 al. 1, un tel contrôle de la compétence du tribunal statuant au fond ne peut être effectué que dans les hypothèses où sont avancées la méconnaissance de compétences exclusives (art. 22) ou de règles relatives au droit de la consommation ou des assurances.

La Cour souligne le lien entre les règles de conflit de juridictions et de reconnaissance et exécution des décisions de justice tel qu'il découle des articles 71 al. 2 lit b et 72 du règlement.²⁷

Quand bien même l'art. 26 al. 1 de la convention de Lugano prévoit un principe analogue de reconnaissance *ipso iure* des décisions rendues dans un État contractant, la norme n'en affecte pas moins les règles communautaires dès lors que, compte tenu du vaste champ d'application dans l'espace de la convention de Lugano, son application conduira à accroître le **nombre de reconnaissances ipso iure de décisions rendues par des États non membres de la Communauté**.²⁸

²⁵ CJCE Avis 1/03, Para. 163.

²⁶ CJCE Avis 1/03, Para. 163.

²⁷ CJCE Avis 1/03, Para. 164.

²⁸ CJCE Avis 1/03, Para. 170.

cc) Clause de déconnexion

Selon la Cour, le fait que la nouvelle convention de Lugano inclut une clause de déconnexion en son article 54ter ne permet pas pour autant d'exclure le risque d'une atteinte aux normes communautaires *via* des obligations de droit international publique.

Selon la CJCE ceci est particulièrement vrai dans le domaine du droit international privé dès lors que l'introduction d'une clause de déconnexion vise alors plutôt à garantir la cohérence entre les différents instruments juridiques qu'à délimiter strictement le champ d'application de chacun d'eux.²⁹

En réalité, la Cour voit plutôt dans l'introduction de cette clause **un indice supplémentaire du potentiel d'impact de la convention de Lugano sur le droit communautaire**.³⁰ Elle relève que cela est d'autant plus à craindre que la clause de déconnexion de la convention de Lugano sera soumise à certaines exceptions.³¹

L'avis 1/03 de la CJCE se trouve sous
<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?where=&lang=de&num=79939792A1903is+1&doc=T&ouvert=T&seance=AVIS>

²⁹ CJCE Avis 1/03 Para. 155.

³⁰ CJCE 467/98 , Open Skies - Commission/Danemark, Para. 101; Avis 1/03 Para. 130.

³¹ I.e. la clause de déconnexion est soumise à une exception dans le cas où le défendeur est domicilié sur le territoire d'un État contractant à la convention de Lugano qui n'est pas membre de la CE, ce qui peut affecter les arts. 9 al. 2, 15 al. 2 et 18 al. 2 Bruxelles I (art. 54ter al. 2 lit a); lorsque les articles 16 ou 17 de la convention de Lugano confèrent une compétence aux tribunaux d'un tel État contractant (art. 54ter al. 2 lit a); ou bien en matière de litispendance ou de connexité (art. 21 et 22 de la convention de Lugano), lorsque les demandes sont formées dans un État contractant qui n'est pas membre de la CE et dans un État contractant qui est membre de la CE (art. 54ter al. 2 lit. b).